

Ressort: Politik

SPD bringt Verschärfung des BND-Gesetzes ins Gespräch

Berlin, 06.05.2015, 16:04 Uhr

GDN - Als Konsequenz aus der aktuellen Spionageaffäre hat die SPD eine gesetzliche Beschränkung der Befugnisse des BND ins Gespräch gebracht. Angesichts der Vorwürfe des "skandalösen Ausspähens von europäischen Politikern, Institutionen und deutschen und europäischen Unternehmen" dürfe es "keine Denkverbote geben", sagte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel der "Frankfurter Rundschau" (Donnerstagsausgabe).

Bei der Aufklärung der Affäre müsse "genau geprüft werden, ob der Bundesnachrichtendienst eine neue, überarbeitete gesetzliche Grundlage" brauche. "Wenn sich erweist, dass wir das BND-Gesetz präzisieren müssen, ist die SPD dafür jederzeit offen", erklärte der Vorsitzende der hessischen SPD.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-54135/spd-bringt-verschaerfung-des-bnd-gesetzes-ins-gespraech.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619